

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-295
Tel.-Abreifer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Milliarden für die Ruhrindustrie!

Der Skandal wird immer größer.

Krampfhaft bemühen sich die gefälligen Organe der Schwerindustrie und der Stresemann-Luther, die Verantwortung für die ungeheuerliche Zuschreibung von 750 Goldmillionen an die Ruhrindustrie abzuwälzen. Durch immer wiederholte Behauptungen suchen sie den Eindruck zu erwecken, daß die sozialdemokratischen Minister die Beschlüsse über eine zukünftige Entschädigung mitgefaßt oder ihnen nicht widersprochen hätten. Diese Art der Verdrehung von offenkundigen Tatsachen wird nicht besser dadurch, daß amtliche Stellen sich an ihr beteiligen. Wir wiederholen hier, was schon unzählige Male festgestellt ist: Die ersten Verhandlungen über die Frage sind unter geflüstelter Ausschaltung der sozialdemokratischen Minister und vor allem des als Ressortchef beteiligten Wiederaufbauministers Robert Schmidt erfolgt. Als dann später am 1. November 1923 in einer Kabinetsitzung endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollten, haben die Sozialdemokraten dagegen protestiert, daß sie an den Vorbereitungen nicht beteiligt wurden, und erklärt, daß sie sich der Stimme enthalten, weil sie ohne jede vorherige Information nicht in der Lage seien, die Tragweite der Beschlüsse abzusehen. Das ist ein ganz klarer Tatbestand. Hätte man damals angedeutet, daß man Hunderte von Goldmillionen der Ruhrindustrie ohne Befragung des Reichstags und heimlich

ausgezahlt werden sollten, dann wäre selbstverständlich der schärfste Widerspruch gegen eine solche Absicht erhoben worden. Im übrigen: Weiß die Reichsregierung nichts auf die Andeutungen des Berliner Tageblatts im gestrigen Abendblatt über die Milliardenbeschenke der „Hita“, der beim Wirtschaftsministerium des Cuno-Kabinetts errichteten „Hilfskasse“, zu erwidern? Ist es richtig, daß auf dem Wege über die „Hita“ rund zwei Goldmilliarden an etwa 100 genau bekannte Firmen aus dem besetzten Gebiete gewandert sind? Ist es richtig, daß der völksparteiliche Wirtschaftsminister Dr. Becker sich geweigert hat, die ungeheuren Papiermarktkredite in Goldwert umrechnen zu lassen? Ist es richtig, daß durch diese Inflationsgewinne die Ruhrfirmen in die Milliarden gehende Goldgeschenke angenommen haben? Ist es richtig, daß trotz dieser Milliardenbeschenke und der aus der Reichsbank gewährten Inflationsgewinne die Ruhrindustriellen noch immer „Rot leiden“ und durch Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung und Steuernachschuß weitere Verdienste erpreßten? Ist es richtig, daß die 750 Goldmillionen bewilligt und ausgezahlt wurden, trotzdem das alles bekannt war?

Neue Kriegsgefahr im Orient.

Der türkisch-griechische Streit.

Von Erwin Barth.

Wir stehen wieder einmal auf der Schwelle eines griechisch-türkischen Krieges. In Athen loden die Leidenschaften. Das Volk wird aufgepeitscht, die Regierung führt die bedrohte Ehre der Nation im Mund, mit Serbien wird ein militärisches Bündnis gegen die Türkei vorbereitet, im Lande organisieren die Offiziere eine Freiwilligenarmee gegen die Türken, die fällige Demobilisierung des ältesten Jahrgangs der Armee ist aufgehoben worden, die Kabinette von Paris und London haben die Vermittlung zugunsten der Aufrechterhaltung des Friedens ausgenommen, Mustafa Kemal Pascha hat seine Reise abgebrochen und ist sofort nach Angora zurückgekehrt. Der politische Himmel an den Dardanellen hängt voll schwarzer Wolken.

Was hat sich ereignet, daß die beiden Nationen des Kriegsbeil aus der noch frisch gehäufelten Erde schon wieder ausgraben sollen? Der kleine Anlaß der großen Gefahr ist folgender:

Durch den Friedensvertrag von Lausanne, der den jüngsten griechisch-türkischen Krieg beendete, ist zur Vermeidung neuer Konflikte ein gegenseitiger Austausch der Bevölkerung vereinbart worden. Alle türkischen Griechen gehen nach Griechenland und alle griechischen Türken gehen in die Türkei. Ausgenommen sind nur die Türken in Ostthrazien und die Griechen in und um Konstantinopel, die vor dem Ende des Weltkrieges schon dort ansässig waren. Wer nicht freiwillig geht, wird ausgewiesen. Zur Durchführung dieses Abkommens ist eine gemischte Kommission eingesetzt worden, die aus drei Türken, drei Griechen und drei Neutralen besteht.

Unter den Konstantinopeler Griechen, die erst nach Ende des Weltkrieges nach Konstantinopel gekommen waren, befand sich auch der griechische Metropolit (Bischof) Konstantin. Der Unterausschuß für den Bevölkerungsaustausch entschied, daß dieser unter den Austausch falle. Die gemischte Kommission beauftragte diese Entscheidung. Trotz dieses Entscheides wählte der griechische Klerus diesen Metropolit auf den gerade vakanten Posten des Patriarchen, der der oberste griechisch-orthodoxe Geistliche in der Türkei ist. Man hoffte, dadurch offenbar eine neue Lage zu schaffen. Die türkische Regierung kehrte sich jedoch nicht daran und wies den Patriarchen Konstantin aus. Sie hat das Recht also für sich.

Deshalb wird nun die hellenische Volksseele ins Kochen gebracht und in schroffen Worten mit der blutigen Geißel des Krieges geprügelt.

Die Angelegenheit hat natürlich eine politische Seite! Die Patriarchen in den muslimanischen Ländern sind nicht nur geistliche Hirten, sondern auch die obersten nationalen Vertreter der Minderheiten, sie haben, nicht formell, aber de facto, eine gewisse politische und diplomatische Würde. Aber die türkische Regierung hat durch ihren Ministerpräsidenten erklären lassen, daß ihre Ausweisungsmassnahme sich gar nicht gegen den Patriarchen als solchen, sondern gegen den Herrn Konstantin richtet. Es stehe dem griechischen Klerus in der Türkei völlig frei, einen anderen, nicht unter die Austauschbestimmungen fallenden Geistlichen zum Patriarchen zu erwählen. Damit könnte die Sache erledigt sein.

Sie hat aber auch eine hochpolitische Seite. Die Griechen wollen unter allen Umständen absoluten Respekt vor der Person des Patriarchen sehen — auch wenn dieser, trotz Kenntnis der kommenden Ausweisung, eben erst zu dieser Würde demonstrativ erhoben worden ist. So ist die Ausweisung zu einer Frage der nationalen Ehre Griechenlands und zu einem casus belli aufgebauscht worden.

Die griechische Regierung erklärt, vor dem Neuesten nicht zurückzutreten, und die türkische Regierung sagt, daß sie im Recht sei und dieses Recht auch nicht gegen die Kriegserdrückung ausgeben werde.

Die Türkei verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß sie die Christenheit durch die Ausweisung herausgefordert habe. Sie kann dabei darauf verweisen, daß sie sogar den Kalifen, das Oberhaupt nicht nur der türkischen, sondern aller Muselmanen der Welt, aus dem Lande gewiesen habe; die christlichen Kirchenhäupter dürften aber in Konstantinopel unangefochten weiter residieren, wenn ihre Person nicht unter den vertraglichen Bevölkerungsaustausch falle.

Der gefährliche Streit könnte augenblicklich dadurch beendet werden, daß der griechische Klerus in Konstantinopel einen neuen Patriarchen wählt. Das tut man aber nicht, sondern man kompliziert die Lage durch Ausgabe der Parole: „die nationale Ehre ist angegriffen“. Das ist der billigste Vorwand für die Entfesselung blutiger Kriege.

Die französische Regierung und die englische Regierung haben sich eingemischt, um den Frieden zu erhalten. Sehr schön, aber nicht ehrlich! Sie teilen den griechischen Standpunkt und sehen die Regierung von Angora unter Druck. Die Patriarchenfrage ist ihnen an sich völlig gleichgültig. Aber sie haben noch sehr ernste eigene Interessen gegen die Türkei wahrzunehmen. England verteidigt den nördlichen Teil des Balalets Rosul gegen den türkischen Besitzanspruch. Es handelt sich dabei nicht so sehr um das billige Land oder um ein paar Tausend Einwohner oder um Petroleum, sondern um ein Süd Bagdadbahn. Frankreich muß die Interessen Englands in der Mosulfrage vertreten, weil es seine eigenen Interessen sind. Denn: bekommen die Türken das Gebiet, so hängt dann der syrische Teil der Bagdadbahn an beiden Enden in der türkischen Luft, und die Verbindung nach Mesopotamien kommt in Gefahr. Ein starker Druck auf die Türkei

Justiz gegen Reichstag.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags muß vertagt werden.

Die heutige öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstags wird von dem Vorsitzenden Abg. Saenger mit der Befreiung eines Schreibens eröffnet, das von der deutschösterreichischen Fraktion eingegangen ist. Der Abg. Henning teilt darin mit, daß die nationalsozialistische Fraktion erklärt, so wie der Untersuchungsausschuß jetzt zusammengesetzt sei, biete er keine genügende Gewähr für eine einwandfreie Untersuchung. Er müsse so zusammengefaßt sein, daß kein Mitglied irgendeiner Partei, bei der einzelne Mitglieder irgendwie beteiligt erscheinen, an der Untersuchung teilnehmen. Eine unparteiliche Bewertung ihres Materials sei nicht zu erwarten, daher wolle die nationalsozialistische Fraktion es nicht dem Ausschuß, sondern der Staatsanwaltschaft überlassen.

Der Vorsitzende Saenger erklärt es für seine Pflicht die Mitglieder des Ausschusses gegen unbedeutende Angriffe zu schützen. Gegenüber dieser Verweigerung des Materials stellt er fest, daß der Ausschuß rechtmäßig zusammengesetzt sei. Gerade die Mitglieder der Nationalsozialisten hätten in Wort und Schrift von ihrem „Material“ gesprochen. Als von ihnen verlangt worden sei, es vorzulegen, hätten sie geantwortet, es müsse erst zusammengestellt werden. Nunmehr legen sie überhaupt kein Material vor. Es sei festzustellen, daß der Untersuchungsausschuß die Pflicht habe, seine Verhandlungen objektiv zu führen, die Pflicht jedes Abgeordneten sei aber auch, jede von ihm verlangte Auskunft zu geben.

Abg. Dr. Meyer (Dem.) hält die Abwehr des Vorsitzenden für nichtschuldig. Der Ausschuß sei unter Mitwirkung der Nationalsozialistischen Partei gebildet worden. Das Plenum des Reichstages hat den Antrag auf Bildung des Ausschusses einstimmig angenommen, auch die Nationalsozialisten haben seinezeit für ihn gestimmt. Lediglich aus Courtoisie gegen die Nationalsozialistische Partei, die hier keine Vertreter habe, sei das Ersuchen an Herrn v. Graefe gerichtet worden, im Ausschuß zu erscheinen und sein Material vorzutragen. Die Antwort der Nationalsozialistischen Fraktion stelle einen Akt ungeheuerlicher Ehrabschneiderei dar.

Abg. Schred (Soz.) Der von uns eingebrachte Antrag hätte den Zweck,

Vor der Öffentlichkeit die Untersuchung

zu führen. Herr v. Graefe hatte in öffentlicher Plenarsitzung des Reichstages behauptet, er besitze Berge von Material und es sei so gestrichelt, daß ungeheure Belastungen daraus entstehen würden. Darum haben wir beantragt, ihn zu ersuchen, sein Material dem Ausschuß zu unterbreiten. Es müßten schnellstens alle Dinge besprochen werden, die angedeutet oder unter Beweis gestellt werden könnten. Nachdem die Nationalsozialisten im Plenum der Bildung des Ausschusses zugestimmt haben, schlagen sie sich mit ihrem Schreiben jetzt selbst ins Gesicht. Es ist darin nichts anderes zu erblicken, als ein

feiges und erbärmliches Drücken vor der Verantwortung.

Einspruch des Justizministeriums.

Der Vorsitzende teilt nunmehr mit, daß Vertreter des Preussischen Justizministeriums und der Untersuchungsbehörde anwesend seien.

Ministerialrat Kubst gibt darauf folgende Erklärung ab: Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Reichstags hat am 4. Februar das Justizministerium um Äußerung darüber erjudet, ob und inwieweit gegen die Verhandlungen des Ausschusses vom Standpunkt der Justizverwaltung aus Bedenken bestehen. Hierzu ist folgendes zu erklären:

Die in den Strafsachen gegen Kutischer und Genossen und gegen Barmat und Genossen tätigen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte haben am darauffolgenden Tage, dem 5. d. M., im Justizministerium darum gebeten, bei den Untersuchungsausschüssen des Reichstags und Landtags zur Sprache zu bringen, daß die Verhandlungen dieser Ausschüsse eine wesentliche

Gefährdung des Ganges dieser Strafverfahren enthalten. Nach Prüfung des Sachverhalts hat sich das Justizministerium der Berechtigung dieses Vorbringens nicht verschließen können. Die Verhandlungen der Ausschüsse sind öffentlich. Es besteht für die am Verfahren Beteiligten die Möglichkeit, entweder den Verhandlungen selbst beizumohnen — nach dem Vortrag der

Staatsanwaltschaft ist dies bei einem Beschuldigten bereits beobachtet worden —, oder den Hergang der Verhandlungen durch Dritte verfolgen zu lassen. Sie können sich durch die Berichte in der Presse über die Verhandlungen des Ausschusses unterrichten. Die Presseberichte sind auch den verhafteten Angeklagten zugänglich, die auch auf andere Weise von den Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis erhalten können. Das alles birgt die Gefahr der Verdunkelung in sich. In der Tat ist denn auch in einer wichtigen Frage bereits eine auf diese Weise erfolgte Verdunkelung des Tatbestandes beobachtet worden. Auch bei Ausschließung der Öffentlichkeit würde die Gefahr bestehen bleiben, daß durch Mitteilung der Benannten über ihre Aussagen und ihre Wahrnehmungen die gerichtliche Aufklärung vereitelt wird.

Das Justizministerium gibt daher die Anregung, die Verhandlungen des Ausschusses solange auszusetzen, bis die Untersuchung soweit gefördert worden ist, daß die Gefahr einer Verdunkelung des Tatbestandes nicht mehr besteht.

Sobald dies der Fall ist, wird das Justizministerium den Ausschuß davon in Kenntnis setzen. Daran anschließend habe ich noch zu erklären, daß das Justizministerium den in den letzten Tagen erfolgten Veröffentlichungen über die eingangs genannten Strafsachen und einzelne mit ihnen in Zusammenhang stehende Personen fernsteht. Das gleiche gilt nach ihren dienstlichen Erklärungen von den mit der Bearbeitung der Sache befaßten Justizbeamten.

Der Vorsitzende wünscht zunächst die Herbeiführung einer Erklärung darüber: 1. wann, zeitlich genommen, eine Befreiung der Verhandlung nicht mehr bestehen würde; 2. in welchen bestimmten Fällen die öffentliche Verhandlung des Ausschusses eine Gefahr der Verdunkelung herbeiführen könne.

Vertagung bis Ende März!

Ministerialrat Kubst wünscht bei der Beantwortung des zweiten Punktes die Öffentlichkeit auszuschließen. Zum ersten Punkte sei es jetzt schwer zu sagen, wann eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr zu befürchten sei. Der Untersuchungsausschuß ebenso wie die Staatsanwaltschaft seien der Meinung, daß die Verdunkelungsgefahr dann nicht mehr bestehe, wenn sämtliche Vernehmungen abgeschlossen seien und diese Vernehmungen altentwählig feststünden. Als Zeitpunkt dafür sei sowohl im Falle Kutischer wie im Falle Barmat etwa Ende März zu bezeichnen.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Es kann das Ansehen unseres Ausschusses nicht erhöht, wenn wir weiter über diese Frage diskutieren. Auf die technischen Einwände der Erklärung des Justizministers braucht nicht eingegangen zu werden, denn sie sind sehr oberflächlich. Wesentlicher sind die Bedenken grundsätzlicher Art, die wegen der Gefährdung des Untersuchungsverfahrens erhoben werden, weil die Untersuchungsangelegenheiten durch die Verhandlungen informiert werden könnten. Wir haben bei der Aufstellung des Arbeitsplans bereits die notwendige Rücksicht auf diese Bedenken genommen. Bei der Einsetzung des Ausschusses wußte man, welche Arbeit er zu leisten habe. Der Ausschuß muß neben dem gerichtlichen Verfahren seine eigenen Verhandlungen führen; wir haben keine Veranlassung, sie jetzt einzustellen.

Der Ausschuß schreibt sodann zur Abstimmung. Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wird auf Antrag Pflieger (Bayr. Sp.) beschlossen, zunächst in vertraulicher Verhandlung die Darlegungen der Justizbehörden weiter entgegenzunehmen und dann erst über den Antrag Aufhäuser abzustimmen. Mit 11 gegen 8 Stimmen (Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten) wird beschlossen, daß auch die nicht dem Ausschuß angehörigen Reichstagsabgeordneten von diesen vertraulichen Verhandlungen ausgeschlossen bleiben.

Nachdem die Abgeordneten bereits den Saal verlassen haben, ersucht ein Vertreter des Reichsanwalters, zu informativischen Zwecken anwesend bleiben zu dürfen. Aber auch er muß den Saal verlassen, ebenso ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums.

Nach einer halbstündigen Pause trat der Ausschuß wieder zusammen, um in der vertraulichen Sitzung die Mitteilungen des inzwischen erschienenen Vertreters der Staatsanwaltschaft entgegenzunehmen.

Nach Entgegennahme der Mitteilungen des Vertreters der Staatsanwaltschaft wurde, wie man erzählt, auf Antrag des Abg. Pflieger (Bayr. Sp.) einstimmig beschlossen, die Vernehmungen über die Postkredite einstweilen auszusetzen.

liegt durchaus im Sinne der englisch-französischen Interessen in Vorderasien.

Die englisch-französischen Friedensbemühungen sind also Komödie. Man darf ruhig behaupten, daß dem Frieden im Orient besser gedient würde, wenn sich die beiden Mächte nicht um die Aufrechterhaltung des Friedens „bemühten“. Dann würde nämlich die Athener Regierung, die erst kürzlich eine lächerliche Niederlage durch die Türkei erlitten hat, die Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel als das behandeln, was sie ist, nämlich als Bagatelle.

Dann würde das Interesse der beiden Länder und der Frieden am besten gefördert.

### Zum Fall Bauer.

#### Zubegehener der Wegner.

Wie wenig es der gegnerischen Presse auf die Reinigung des öffentlichen Lebens ankommt, und wie ihr die Hege gegen die Sozialdemokratie alles ist, zeigt sich deutlich in der Art, wie sie den Fall Bauer behandelt.

Die Angelegenheit Barmat ist Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung. Außerdem haben der Reichstag, der Landtag und die Stadtverordnetenversammlung Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Schließlich besteht — wie erst jetzt der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist — seit geraumer Zeit ein Prüfungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei, der sich aus je drei Mitgliedern der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion und einem Mitglied des Parteivorstandes als Vorsitzenden zusammensetzt. Es wäre zu wünschen, daß jede aufklärungsbedürftige Angelegenheit mit der gleichen Sorgfalt untersucht würde, und daß jede Partei auf ihre Mitglieder dieselben Grundsätze anwendete, die die Sozialdemokratische Partei auf die ihren anzuwenden entschlossen ist.

Bauer hatte sich, nachdem er aus dem Amte ausgeschieden und nur Abgeordneter geblieben war, auf die geschäftliche Tätigkeit geworfen. Er hat diese Tätigkeit damit verteidigt, daß sie kaufmännisch einwandfrei und im bürgerlichen Leben gang und gäbe sei. In Parteikreisen sah man jedoch diese Tätigkeit, soweit man über sie unterrichtet war, schon längst mit Mißbehagen, da man der Meinung war, daß das, was bei vielen bürgerlichen Abgeordneten eine Selbstverständlichkeit sei, sich für einen Sozialdemokraten nicht passe.

Bauer war über diese Auffassungen unterrichtet und vielleicht auch mit sich selbst nicht ganz einig. Daraus erklärt sich die Unsicherheit seiner Aussagen, die für ihn letzten Endes verhängnisvoll wurde. In dem Augenblick, in dem es klar wurde, daß sich Bauer nicht geradeaus zur Wahrheit bekannt hatte, wurde seine Position unhaltbar und die Konsequenzen wurden sofort gezogen.

Wenn die Rechtspresse darin einen „Bankrott der Sozialdemokratie“ sieht, so kann man darüber hinwegsehen. Wenn sie aber von uns verlangt, wir sollten jede beweislos aufgestellte Behauptung, ja jede offenkundige Verleumdung von Parteigenossen als bare Münze nehmen, so sei ihr gesagt, daß sich die Partei dem Terror ihrer Hege nicht beugen wird. Wir unterlassen es, mit Rücksicht auf die vielen nebeneinanderlaufenden Untersuchungen auf Einzelheiten einzugehen, und beschränken uns auf die Bemerkung, daß sich diese Hege jetzt vornehmlich gegen Personen richtet, deren volle Integrität feststeht.

Die Partei wird sich durch kein Gebuhl einschüchtern lassen. Sie wird sich nicht von alten Kampfgenossen trennen, bloß weil es der reaktionären und der kommunistischen Partei beliebt, über sie Lügen zu verbreiten. Aus erwiesenen Tatsachen wird sie jedoch rückwärts die Konsequenzen ziehen, die aus ihnen im Interesse der Partei und ihrer Reinheit gezogen werden müssen.

Die französische Kammer schloß die am Freitag begonnene Debatte über die Interpellation betreffend die Maßnahmen gegen die 255-Prozentsteuer mit einem Vertrauensvotum von 328 zu 225 Stimmen für die Regierung ab.

## Dr. Deeberg muß niederlegen.

Ein parteiischer Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Bereits in der letzten Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses war die skandalöse Parteilichkeit des deutschnationalen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Deeberg in Erscheinung getreten, die besonders von der vornehmen und sachlichen Geschäftsführung des volksparteilichen Vorsitzenden Dr. Leidig abfiel. Als schützender Engel des Ehren-Klinghammer versuchte er, diesem reaktionären Intriganten unangenehme Fragen zu ersparen, während er schon das letztemal frampfhast bemüht war, den von der reaktionären Bureaufraienclique mit grimmigem Haß verfolgten untadeligen republikanischen Ministerialdirektor Dr. Falk zu verdächtigen.

Heute hat Deeberg dieses Treiben so ungeniert fortgesetzt, daß es zu stürmischen Austritten kam, in deren Verlauf unsere Genossen einen Mißtrauensantrag gegen ihn einbrachten. Deeberg zog es vor, vor der Abstimmung darüber sein Vorsitzendenamt niederzulegen. Nebenbei bemerkt: dieser ebenso fanatische wie unbegabte Feind der Republik ist Kammergerichtsrat. Arme preussische Justiz!

Wie ungeniert die deutschnationalen Ausschuhmitglieder auf jeden Schein der Unparteilichkeit verzichten, geht auch aus dem Verhalten des Herrn Kaufhold hervor. Dieser Herr hatte Klinghammer laden lassen, offensichtlich weil er aus dessen Aussage eine Kompromittierung Falks erhoffte. Es kam aber umgekehrt: der Herr Klinghammer setzte sich immer mehr in die Kesseln und sollte nun heute durch Beweisangebote des Genossen Kuttner unter die Lupe genommen werden. Jetzt aber widersprach auf einmal derselbe Herr Kaufhold: die Sache habe mit der Barmat-Affäre nichts zu tun. Richtig ist, daß 90 Proz. der von den Deutschnationalen gestellten Fragen und Beweisfragen mit dem eigentlichen Beweisthema des Ausschusses nur entfernte Beziehungen haben. Aber nachdem die Deutschnationalen in ihrem Bestreben, Staub aufzuwirbeln und Dreck zu versprühen, mit ihrem Klinghammer so mächtig hereingefallen sind, müssen sie schon die weiteren Folgen und Schlussfolgerungen tragen, die sich aus der Enttarnung ihres Gemährsmannes ergeben.

An Stelle des verhinderten Vorsitzenden Dr. Leidig eröffnet Abg. Dr. Deeberg (Dnat.) die Sitzung. Er verliest ein vom Abg. Wissell (Soz.) eingegangenes Schreiben, das wir in unserer Morgenausgabe veröffentlicht haben.

Minister a. D. Wissell ist auf Grund dieses Schreibens für heute mittag 12 Uhr geladen worden.

Abg. Heilmann (Soz.) hat in einem an den Vorsitzenden gerichteten Brief die in der „Berliner Börsenzeitung“ über seine Bezüge von Barmat gemachten Angaben als von A bis Z erfunden bezeichnet.

Abg. Brand (Dnat.) weist darauf hin, daß in heutigen Zeitungen eine Erklärung des Verteidigers Barmats enthalten ist, in der behauptet wird, daß unter den Empfängern von Liebesgaben, Paketen sich auch eine Reihe deutschnationaler Persönlichkeiten befunden haben, die die betreffenden Liebesgaben dankbar angenommen hätten. Der Abgeordnete legt Wert darauf, daß Barmat sich darüber eingehend äußere und die Namen der betreffenden Persönlichkeiten nenne. Gegenwärtig müßte diese Erklärung als unrichtig bezeichnet werden.

Vorsitzender Dr. Deeberg erklärt, diese Frage werde wohl am besten bei der Beratung der vorliegenden Beweisangebote erörtert werden.

Abg. Kuttner (Soz.): Zu der Aussage des Kriminalinspektors Klinghammer in der letzten Sitzung sind uns Mitteilungen zugegangen, die die Persönlichkeit des Herrn Klinghammer und die Motive und Hintergründe seiner Aussage

#### im allerbedenklichsten Licht

erscheinen lassen. Ich würde dazu eine ganze Reihe von Beweisangeboten zu stellen haben, wenn nicht schon bei der Vernehmung des Herrn Klinghammer um ihm eine klare Auskunft auf folgende Fragen erzielt wird: 1. Herr Klinghammer hat entrüstet abgeleugnet, daß er Schriftstücke, die ihm amtlich zur Kenntnis kamen, in der Presse veröffentlicht hätte. Wir können nachweisen, daß er

in zwei Fällen Schriftstücke, die mit seiner eigentlichen Aufgabe nichts zu tun hatten, aber von politischem Interesse waren, mit Beschlagnahme hat und daß diese Schriftstücke alsbald in der Presse erschienen; 2. daß er seinen Vorgesetzten gegenüber gelautet hat, gegen deren Willen und Gebot eine Veröffentlichung in der Presse veranlaßt zu haben.

Klinghammer hat sich aufgepießt als ein Mann, der im Interesse der sittlichen Erneuerung und Reinigung vorgegangen ist. Wir können aber nachweisen, daß er lediglich gehandelt hat als politischer Karrieremacher.

der sich zu Beginn des Jahres 1919 als ein führender Demokrat und Republikaner auszeichnete und sich hinter sozialdemokratische Beamte des Polizeipräsidiums steckte, um befördert zu werden. Erst als ihm das mißlang, hat er einen Meinungsumschwung vorgenommen.

3. Können wir beweisen, daß Herr Klinghammer eine Kazeige, die sich gegen einen hohen Beamten des alten Systems richtete und von einer amtlichen Stelle an ihn gelangt war, einfach hat verschwinden lassen.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) erklärt, seine Freunde hätten die Vernehmung Klinghammers nur über die Frage veranlaßt, ob durch das Eingreifen des Abg. Heilmann die Einleitung eines schon 1919 notwendigen Strafverfahrens gegen Barmat verhindert worden sei. Mit diesem Beweisthema hätten die jetzt vom Abg. Kuttner angeführten Fragen nichts zu tun. Wollte man darauf eingehen, dann müßte vielleicht auch Ministerialdirektor Abegg über den von Herrn Kuttner behaupteten Bestimmungswechsel vernommen werden.

Abg. Dr. Schwering (Soz.): Ich verstehe nicht, warum sich Herr Dr. Kaufhold gegen die Anträge des Abg. Kuttner sträubt. Auf Dr. Kaufholds Antrag ist Klinghammer vernommen worden, nun müssen wir auch weiter in die Sache hineinsteigen, um volle Klarheit zu schaffen.

Abg. Dr. Badt (Soz.): Dr. Kaufhold hat Klinghammer tatsächlich als Zeugen für zwei Beweisthemen genannt: 1. über das Vorgehen des Ministerialdirektors Dr. Falk, 2. über das Auftreten des Herrn Heilmann.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.): Gegen Dr. Falk habe ich keine Formulare erhoben, sondern nur gegen Heilmann und Minister Schmidt. Dr. Falk war bei dieser Sache nur Objekt der Regierung.

Vorsitzender Dr. Deeberg erklärt, diese Fragen würden bei der heutigen Vernehmung des Kriminaloberinspektors Klinghammer erledigt werden.

Auf eine Frage des Abg. Graf (Soz.) erklärt der Vorsitzende, gegen die Arbeit des preussischen Untersuchungsausschusses sei vom Gericht und von der Staatsanwaltschaft noch kein Einspruch erhoben worden.

Hierauf wird in der Vernehmung des Ministerialdirektor Dr. Falk

fortgefahren. Er wiederholt zunächst, daß er 1919 der Rechtsauffassung war, daß Barmat auch für die von der Regierung angeordneten Lebensmittelgeschäfte eine Großhandelserlaubnis hätte haben müssen. Richtig bloß der Wirtschaftsminister Schmidt, sondern auch die Mehrzahl aller Deputierten seines Ministeriums seien damals freilich anderer Auffassung gewesen. Er habe an seiner Meinung festgehalten und den Reichsminister Schmidt darauf hingewiesen, daß, wenn die Reichsstellen ohne die erforderlichen Unterlagen eine Handelserlaubnis erteilen, das gerabegru Anstiftung zu einer unerlaubten Handlung sei.

Hierauf kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Deeberg einerseits und Ausschuhmitgliedern und dem Zeugen andererseits.

Der Zeuge sagte weiter aus, daß es sich hier gerade um einen

Schuldschuld des entschuldbaren Rechtsirrtums

handelt, der den Unterschied zwischen objektivem und subjektivem Rechtsirrtum klarlege.

Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, die Firma Barmat habe nach seiner Ansicht eine Handelserlaubnis gehabt, wie er gehört habe auf Befürwortung der Berliner Handelskammer. Als der Vorsitzende darauf aufmerksam macht, daß der Zeuge vorher die Antwort ganz positiv gegeben habe und erneut an den Zeugen die Frage richtet, ob und welche positive Anhaltspunkte er habe, daß Barmat hinterher die Handelserlaubnis bekommen habe, erklärt in erregtem Ton

Abg. Kuttner (Soz.) erklärt unter der Zustimmung seiner Parteifreunde und des Demokraten Riedel, daß solche inquisitorischen Fragen unzulässig seien.

(Schluß im Morgenblatt.)

## Kumpelstilzchen.

Von Hans Bauer.

In der „Hülse“ ist eben ein Artikel erschienen, der einen interessanten Einblick in die deutschnationalen Giffabrikation gewährt. Wir wissen längst, daß die Redaktion der nationalistischen Zeitungen, die mit einer leichten Handbewegung etwa Herriot als irgend-einen kleinen Pünzler hinstellen, dem sie eigentlich schon viel zuviel Ehre antun, wenn sie sich mit ihm befassen, doch nur geistige Kommiss sind, die an der Seite ihrer Herren, der Großindustriellen, liegen, daß ein groteskes Mißverhältnis waltet zwischen der souveränen Art, in der sie sich geben, und der hoffnungslosen Abhängigkeit, in der sie sich befinden. Wir wissen das und lassen uns den Apparat, der die Sauche eines auf Flaschen gezogenen Proßpatriotismus serienweise verpackt, doch auch gern einmal etwas detaillierter schildern.

Es wird in jenem Artikel auch eines „Kumpelstilzchen“ Erwähnung getan, der an den größten Teil der Provinzpresse durch Vermittlung des Deutschen Pressedienstes politische Briefe versendet, die durch ihren plaudernden Ton ein besonders empfängliches Publikum finden. Kumpelstilzchen ist ein Pseudonym. Der Name entstammt dem deutschen Märchenschatz und klingt lebenswürdig-anheimelnd, nicht nach dem Duft verschwundener Traumwelten. Der Deutsche Pressedienst untersteht dem Doktor Hugenberg, einem Vertrauensmann der Schwerindustrie, einem Geschäftsfreund des Stinnes. Kumpelstilzchen ist ein Angestellter Hugenbergs und hat, wenn er nicht fliegen will, die Interessen der Schwerindustrie wahrzunehmen. Das allgemeine Besorgnis das die Schwerindustrie selbst durch sehr robuste Mittel: durch Druck des Bohnenboas, durch Finanzierung der Gegenrevolution, durch wucherische Verteuerung der Lebenshaltung. Wir kennen das brutal-sternnagelnde, zähnefleischende Gebrauh der Schwerindustrie von den Bildern des Georg Groß. Aber dann hat sie eben auch noch das Kumpelstilzchen-Gebrauh, das sentimentale, ins Jodeln gewandte. Kumpelstilzchen schwingt keine ungerpfeife und ist kein Sklavenhalter. Er hat die Scheiteltappe auf und ist im Herzen eine lebenswürdige Idealfigur. Eigentlich möchte er überhaupt ganz Kinderland sein und eine verträumte Märchenzeit heraufführen. Leider muß er sich docerst einmal damit fassen, die Republik zu geißeln, die kumpelstilzchen-eufremdete.

Einmal unterstand Kumpelstilzchen den gültigen Feen und der Reinheit seines schlichten Herzens. Nun gehorcht es dem Deutschen Pressedienst des Doktor Hugenberg von der Großindustrie. Einmal lag es Seelen der kleinen Kinder ein für die leichte Welt der Phantasie, nun versucht es die Herzen der großen Kinder für die Realität der materiellen Geldinteressen zu gewinnen. Aber was sollte es in diesen schlechten Zeiten auch anderes tun, als Industrie hinüberzuzuschleichen!

Der afrikanische Urmensch. Wie schon kurz gemeldet, wurde im Betschuanaland der Schädel eines Geschöpfes gefunden, in dem man endlich das fehlende Zwischenglied zwischen Affen und Menschen gefunden zu haben glaubt. Der Fundort ist, wie dem „Daily Express“ aus Kapstadt gefabelt wird, eine in Burton in der Nähe von Taungis gelegene Behnklippe. Der Schädel ist weder der eines Menschenaffen noch der eines menschlichen Wesens, sondern gehört einem Geschöpf an, das zwischen diesen beiden Arten gestanden haben muß. Er wurde im November in einer Tiefe von etwa 17 Metern unter der Oberfläche der Behnklippe gefunden. Verteinerte Stücke von Knochen wurden gleichzeitig ausgegraben, und man fand auch im Behn Fundstücke von Knochenstücken. Die Entdeckung ist Professor Raymond Dart, dem Leiter des Anatomischen Instituts an der Witwatersrand-Universität, zu danken. Er machte über den aussehensstrebenden Fund folgende bemerkenswerte Mitteilung:

Die Uride in der zoologischen Reihe zwischen den tiefstehenden Affenmenschen und den vorgeschrittensten Affen ist durch die Entdeckung in Taungis endlich ausgefüllt worden. Das Geschöpf, um das es sich hier handelt, war zwar kein menschliches Wesen im eigentlichen Sinne des Wortes, gleichwohl aber ein ungleich intelligenteres Wesen als etwa der Gorilla und der Schimpanse. Es war der Sprache noch nicht mächtig; die Entwicklung seines Gehirns zeigt aber bereits die Richtung an, die wir bei einem Geschöpf voraussehen, dessen Nachkommen schließlich die Fähigkeit erwarben, durch die Sprache sich miteinander zu verständigen. Es war kein offenerartiger Mensch, sondern eher ein menschenähnlicher Affe, und es weist auf eine Periode menschlicher Entwicklung zurück, die weiter zurückliegt, als die von der der Affenmenschen von Java, der sog. „Pithecanthropus erectus“, uns Kunde gibt. Er lebte in der Periode des Pliocän, der obersten, jüngsten Stufe der Tertiärformation, die vierhunderttausend bis fünfhunderttausend Jahre zurückliegt, wenn man ihn nicht gar in die noch frühere Periode des Miozän versetzen will. Der älteste uns bekannte Mensch ist der Träger des Java-Schädels. Dieser Javamensch besaß zwar bereits die Fähigkeit der Sprache, starb aber aus, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Der jetzt gefundene Taungis-Schädel ist als der Vertreter einer großen Gruppe von Ueberoffen anzusehen, von der alle modernen Menschentassen und auch die Vertreter der ausgestorbenen Rassen abstammen.

Prof. Dart ist der Entdecker eines neuen zoologischen Gattungstyps, des „Homo simialae“ oder Affenmenschen, einer Gattung, in die er auch den Taungisfund einreicht. Der Schädel hat den wissenschaftlichen Namen „Austral Pithecus Africanus“ oder „Süd-afrikanischer Menschenaffe“ erhalten. Wie Professor Dart weiter ausführt, liegt die Fundstelle in einem Winkel der Zone, die Geologen das „Kap-Plateau“ nennen. Er glaubt, daß dieser Taungis-Schädel nur ein Teil ähnlicher Stücke ist, die noch zu finden sind.

Die Zoologische Station in Neapel, die vor einiger Zeit unter deutscher Leitung wieder eröffnet wurde, hat bereits einen vielversprechenden Aufschwung genommen und entwickelt ihre Tätigkeit nach langer Unterbrechung in der gewohnten Bahn. Nach den Mitteilungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte hat diese Gesellschaft wieder einen Forschungsplatz gemietet; dasselbe hat unter anderen die österreichische Regierung getan, ebenso Polen und Belgien. Es liegen bereits wieder eine größere Anzahl von Gelehrten ihren Studien auf der Station ob.

## Wieder einmal das „größte Gebäude der Welt“.

Die Stadt Chicago hat Pläne entworfen für einen neuen „Tempel der Landwirtschaft“, der das größte Gebäude der Welt werden soll. Er soll einen Veramlungsraum mit 20 000 Sitzgeplätzen, ein Hotel mit 3000 Zimmern, einen Radioturm, gegen den der Eiffelturm in Paris ein Zwerg sein wird, eine Vorortbahnstation ufm. ufm.

Natürlich plagt Chicago beinahe vor Stolz über die Aussicht auf ein so edles Gebäude. Denn die Größe macht es. Es ist eine Menge von Wolkenkratzern gebaut worden, solide Blöcke von Stahl und Stein, Stockwerk auf Stockwerk übereinander getürmt, aber nirgends ist auch nur annähernd das Kolossalprojekt Chicagos erreicht. Es wird in die Kategorie der architektonischen Taten gehören, deren die Amerikaner sich rühmen, wenn sie den Miniaturtempeln Griechenlands und Roms und den Westfälischen-Kathedralen Frankreichs und Deutschlands von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen: Diese alten Kerle hatten den Trick nicht erlernt, wie man die Dinge größer und immer größer macht, wie man mehr und mehr Geld für die Kolosse ausgibt und wie man baut nur mit der Absicht, alle früheren Rekorde zu übertrumpfen.

Dennoch, so bemerkt „The World“, kann einer kommen und fragen, ob sich das alles lohnt, und wozu es dienen soll. Ein solcher Riesenbau ist eine große Sehenswürdigkeit — aber was weiter? Die Bemerkung Huleys zu John Hopkins vor einem halben Jahrhundert hat immer noch ihre Berechtigung: „Ich kann nicht sagen, daß ich auch nur im geringsten vor eurer „Größe“ oder euren materiellen Hilfsquellen als solchen Bewunderung empfinde. Größe des Umfangs ist nicht mehr Größe, und ein Territorium schafft noch keine Nation. Die große Frage, hinter der sich die Schreden eines lauernden Schicksals verbergen, ist die: was werdet ihr mit all diesen Dingen anfangen?“

Erstaunlicherweise der Woche. Mon. Staatsoper: „Tosca“. — Deutsch. Th.: „Sünden der Gesellschaft“. Dienst. Th.: „Dieberlei“. Mittw. Komödienhaus: „Heiml. Brautnacht“. Freitag. Staatsk.: „Brig. von Gomburg“. — Komödie: „Zurück zur Schule“. Sonnab. Lesingth.: „Indipohdi“.

Frankfurt. Th.: „Anden. das Land der Träume“. — Mittw. 7: „Sünden der Gesellschaft“ (Prof. Palm). — Dienst. 7: „Das alte Ägypt. Königreich“ (Prof. Goerne). — Sonnab. 9: „Graf Speer letzte Fahrt“ (Kochhammer).

Eine musikalische Morgenfeier veranstaltet Sonntag, den 8. Februar, vorm. 11<sup>1/2</sup> Uhr, der Reichsverband der deutschen Presse zugunsten seiner Unterstützungskasse im Opernhaus.

Erwerb des Hamburger Stadttheaters durch die Stadt. Die Stadt Hamburg hat das dortige Stadttheater, das dem Intendanten Fischer-Wilsons gehörte, für 200 000 Mark erworben. Die Stadt wird jedoch den Betrieb des Theaters nicht selbst führen, sondern sich nur maßgebenden Einfluß auf die Theaterführung sichern.

Vulkanausbruch im Kuba. Den nächsten Ausbruch des Ketno, des größten Feuerberges in Europa, wird man in ganz Europa und vielleicht auch in Amerika, wenigstens schätzungsweise, im Radioapparat genießen können. Man hat im Innern des Kraters eine Radiostation erbaut, die alle Veränderungen des Ausbruchs aufnehmen und weiterverbreiten soll — vorausgesetzt, daß ihr nicht etwa der Ausbruch des Vulkans so „über den Kopf kommt“, daß sie auf immer verstummt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lüge als Kampfmittel.

In einer Verlegenheitsnotiz, „Der neue „Vorwärts“-Schwindel“ überschrieben, verschweigt die „Rote Fahne“ ihren Lesern die Wahrheit, daß wir an die ernsthafte Erörterung des Beschlusses der Putzwerker in Petersburg bestimmte Vorbedingungen knüpfen. Das Blatt verschweigt auch die Bekanntgabe dieser Bedingungen und bezeichnet sie als „allerhand Ausreden“. Dafür wiederholt es den Wortlaut des Beschlusses, aus dem sich ergibt, daß es sich um einen Vorschlag an die „Vorwärts“-Redaktion handelte und nicht um einen solchen an die „Rote Fahne“ oder die Berliner KPD. Es ist unsere Sache, auf diesen Vorschlag einzugehen oder nicht. Solange nicht die unbedingt notwendigen Garantien dafür gegeben sind, daß es sich nicht um ein plumpes Agitationsmanöver handelt, sondern um einen ernsthaften, sachlichen Vorschlag, gehen wir darauf nicht ein. Da die KPD. gegen unsere Bedingungen keine sachlichen Argumente vorbringen kann, soll ihr die „Rote Fahne“ mit Verschweigung der Wahrheit und Verdrehung der Tatsachen aus der Verlegenheit helfen. Der „Vorschlag“ wird dadurch nicht besser.

## Versammlung der Schlachthofbeamten.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde angeschlossen ist, hatte die Beamten und Festangestellten des Berliner städtischen Vieh- und Schlachthofes am 5. Februar zu einer öffentlichen Versammlung nach der Ragenhofer Brauerei, Landsberger Allee, aufgerufen. Der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft legte in seinem Vortrage über „Beamtenpolitik und Wirtschaft“ die Beziehungen dar, die zwischen Wirtschaft und allgemeiner Politik und somit auch zwischen Wirtschaft und Beamtenpolitik bestehen. Da der Beamte Arbeitnehmer und Verbraucher ist, muß er ein großes Interesse daran haben, daß in der Wirtschaftspolitik nicht das Profitinteresse einzelner, sondern das Allgemeininteresse der ausschlaggebende Faktor wird. Dies kann aber nur erreicht werden dadurch, daß die Gewerkschaften zielbewußt die Wirtschaftspolitik auf diese Linie drängen. Zur Verstärkung der Stichtkraft ist es notwendig, daß die Beamten mit den Arbeitern und Angestellten eine gemeinsame Front bilden.

Dem mit Beifall aufgenommenen Referate folgte eine eingehende Aussprache, in der die besonderen Wünsche der Schlachthofbeamten zum Ausdruck kamen.

## Jahresbericht der Maschinisten und Heizer.

In dem Geschäftsbericht für das Jahr 1924, den Bevollmächtigter Reinefeld der Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer gab, erwähnte er u. a., daß der größte Teil der in Groß-Berlin geltenden Tarifverträge von den Arbeitgebern gekündigt wurden. Veranlassung dazu gab vor allem die Arbeitszeitveränderung; der Ansturm der Unternehmer richtete sich gegen den achtstündigen Arbeitstag und gegen den Urlaub. Es gelang, in den neu abgeschlossenen Tarifverträgen den Achtstundentag grundsätzlich zu erhalten. Allerdings mußte zugestanden werden, daß die neunten Arbeitstunde ohne Zahlung eines Zuschlages angeordnet werden kann. Für die Schichtarbeiter wurde der Achtstundentag gehalten. Im Stahlwerk Hennigsdorf konnte die zwölfstündige Schichtarbeit zugunsten einer dreigeteilten Schicht abgeschafft werden, nachdem die dort Beschäftigten den Weg zur Organisation zurückgefunden hatten. — Die Löhne der Berufsangehörigen wurden im Berichtsjahre um 41 Proz. gesteigert. In der Praxis bedeutet das eine wirtschaftliche Besserstellung der Heizer und Maschinisten am Jahresende gegenüber ihrer Lage am Jahresanfang.

Die tariflose Zeit in der Röhrenindustrie und in der Chemie hat nicht die erhofften Lohnaufbesserungen gebracht. In seinen weiteren Ausführungen ging Genosse Reinefeld auf den Ausbau der Bibliothek, die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Berliner Geschäftsstelle, auf die Arbeitslosenfrage und auf die Arbeiten der Verbandsangestellten ein. Obwohl für den Verband noch ein großes Agitationsfeld zur Bearbeitung frei liegt, kann doch festgestellt werden, daß das Berichtsjahr nach dem Rückgang während der Inflationszeit eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung gebracht hat. — Nach eingehender Aussprache, in der nicht viel gegen die Ortsverwaltung vorgebracht wurde, gelangte eine Resolution zur Annahme, die gegen den Entschädigungsstand der Ruhrindustrieurien Stellung nimmt und weiter vom ADGB, die Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheitsfront fordert. — Bei den Neuwahlen der unbesoldeten Mitglieder der Ortsverwaltung wurde Gen. Müller als 2. Vorsitzender wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Genosse Jahn, zu Revisoren Leder, Sommerfeld und Klaus gewählt. Mit der Wahl einiger weiterer Verbandsinstanzen fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

## Die Nachtarbeit der Bäcker.

Die niederländische Regierung hat dem Parlament eine Vorlage betreffend die Bänderung des Gesetzes vom Jahre 1919 über das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien eingereicht. Obwohl in

dem Gesetzentwurf nicht direkt von der Wiedereinführung der Nachtarbeit gesprochen wird, sind seine Bestimmungen doch derart, daß sie die Wiedereinführung zur Folge haben können. Dies ist das einstimmige Urteil der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Die zum IGB. gehörende Bäckerarbeiterorganisation hat sich energig gegen die Vorlage gewandt und beschloßen, gegen das Gesetz eine großzügige Aktion einzuleiten. An 50 Orten sollen Protestversammlungen abgehalten werden. Eventuell wird die Organisation auch zur Einleitung von Streiks übergehen.

## Das Koalitionsrecht in Frankreich.

Paris, 7. Februar. (B.T.Z.) Arbeitsminister Godart hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die freie Ausübung des gewerkschaftlichen Koalitionsrechts sichern soll. Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs soll die Bedrohung oder die tatsächliche Beeinträchtigung des Koalitionsrechts mit Haft von sechs Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 200 bis 1000 Fr. bestraft werden, abgesehen von den Schadenersatzansprüchen, die erhoben werden.

Der Gehaltschiedspruch der Ruhrbergbau-Angestellten vom 12. Januar 1925 ist für verbindlich erklärt worden. Der Schiedspruch sieht eine zehnprozentige Gehaltserhöhung ab 1. Dezember 1924 vor.

Die Bergarbeiter in Lothringen fordern — nach einer TL.-Redung aus Reg. — eine 40prozentige Lohnerhöhung, wie sie den Bergarbeitern im Kohlenbecken der Loire zugestanden worden sei.

Ein Straßenbahnstreik in London setzte gestern Freitag nacht um 12 Uhr ein, nachdem Einigungsverhandlungen ergebnislos endeten.

In Italien wurde den Journalisten nach längerer Verhandlung mit den Zeitungsverlegern eine Teuerungszulage von 10 Prozent bewilligt. — In Neapel traten Freitag vormittag 2000 Metallarbeiter in den Streik. Da auch die übrige Arbeiterschaft nicht länger mehr auf die notwendige Teuerungszulage warten will, hat der Präfeld Verhandlungen eingeleitet.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calern; Redaktion: A. S. Böcher; Solales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B. G., Lindenstraße 2.

# Großer Wirtschaftswaren-Verkauf!

## zu enorm billigen Preisen!

**Porzellan weiß** mit klein Fehlern  
Zuckerdose weiß, m. Deckel **10 Pf.**  
Kaffeeteller groß **12 Pf.**  
Milchtöpfe groß **18, 15 Pf.**  
Teller tief oder flach **25 Pf.**

**Porzellan, bunt**  
Tasse mit Untertasse, Stck. **22 Pf.**  
Butterdose mit Goldrand **95 Pf.**  
Dejeuner mit Kante **1<sup>95</sup>**  
Kaffeesevice **3<sup>90</sup>**

**Emaillewaren grau**  
Kaffeekannen grau **95 Pf.**  
Wannen oval, 34 cm **1<sup>35</sup>**  
Wannen rund, 36 cm **1<sup>95</sup>**  
Wasserkessel m. Ring 20 cm **2<sup>95</sup>**

**Preßglaswaren**  
Kompottell. verschied. Muster St. **10 Pf.**  
Käseglocken Stck. **95 Pf.**  
Kompottschal. **75 Pf.**  
Vasen bunt **95 Pf.**

**Emaille-Eimer** grau, 28 cm **95 Pf.**  
**Eimer** verzinkt, 28 cm **95 Pf.**

**Wandschoner** weiß emailliert **1<sup>95</sup>**  
**Leibwärmer** Weißblech **95 Pf.**

**Vorratsdosen** Kaffee und Zucker lackiert, zusammen **95 Pf.**  
**Kohlenlöffel** schwarz, mit Holzgriff **22 Pf.**

## Holzwaren

Wichs- u. Putzkasten St. **95 Pf.**  
Besteckkasten St. **68 Pf.**  
Gewürzschrankchen **1<sup>20</sup>**  
Tabletts mit 2 Griffen **1<sup>35</sup>**

## Bürstenwaren

Auftrag- Schmutz- und Glanzbürste zus **1<sup>25</sup>**  
Kleiderbürsten **45 Pf.**  
Nagelbürste Stck. **7 Pf.**  
Stubenbesen Stck. **1<sup>35</sup>**

## Aluminium

Eierbecher Stck. **18 Pf.**  
Eierschneider St. **45 Pf.**  
Tee-Ei mit Kette Stck. **22 Pf.**  
Schmortöpfe m. Deck., 6 St. im Satz, zus. **8<sup>25</sup>**

## Steingutwaren

Salatiären 6 St. i. Satz **95 Pf.**  
Kaffeeteller weiß **12 Pf.**  
Brotplatten **18 Pf.**  
Kaffeekann.-Untersätz. **75 Pf.**

**Brotkapsel** 2 kg. **1<sup>95</sup>**  
oval, lackiert

**Brotkapsel** 2 kg. **2<sup>95</sup>**  
oval, lackiert

**Brotkapsel** 2 kg. **7<sup>50</sup>**  
grau emailliert

**Brotkapsel** 2 kg. **8<sup>25</sup>**  
weiß emailliert, mit Gold

Eßlöffel Alumin. Stck. **9 Pf.**  
Teelöffel Alumin. Stck. **8 Pf.**  
Eßlöffel Zinnstahl Stck. **58 Pf.**  
Eßgabel Zinnstahl Stck. **58 Pf.**

Brotkorb lack., bunt **75 Pf.**  
Messerkörbe Drahtgef. **55 Pf.**  
Wetzsteine **18 Pf.**  
Spirituskocher **55 Pf.**

Sparschäler Stck. **9 Pf.**  
Gasanzünder Stck. **22 Pf.**  
Kohlenanzünder Paket **18 Pf.**  
Kaffeemühle Stck. **2<sup>90</sup>**

Batterie zur Taschenlampe Stck. **38 Pf.**  
Taschenlampe kpl. m. Birne u. Batt. Stck. **95 Pf.**  
Spiegel mit weißem Rahmen 35 x 47 gr. Stck. **1<sup>95</sup>**  
Reibmaschine Stck. **2<sup>25</sup>**

## Toiletten-Artikel

**Haartüten** mit Deckel, weiß Celluloid **35 Pf.**  
**Schwammkörbe** aus kräftigem weißem Celluloid **55 Pf.**  
**Haarbürsten** weiß Cellul., reine Borsten **1<sup>75</sup> 1<sup>25</sup>**  
**Zerstäuber** Preßglas, in hübschen Formen **95 Pf.**

## Seifen

**Badeseife** ca. 100 g Frischgew. rund, 1a parfümiert. 3 Stck. **70 Pf.**  
**Blumenseife** ca. 120 g Frischgew., oval, mit Fliederparf. 3 St. **75 Pf.**  
**Lilienmilchseife** 1a Qual., 3 St. im Kart., Karton **95 Pf.**  
**Badeseife** ca. 150 g Frischgewicht, Lavendel. 3 Stck. **1<sup>10</sup>**

## Papierwaren

**Butterbrot-Papier** 1a. Qual., fettl., 1 Rolle = 50 Blatt **15 Pf.**  
**Papier-Servietten** weiß, gezackt. 100 Stück **55 Pf.**  
**Brief-Block** weiß, Quart. 100 Blatt **58 Pf.**  
**Brief-Kassette** Lein., m. 25 Bg. u. 25 Umschl. **70 65 Pf.**

## Lederwaren

**Besuchstasche** Leder, braun, Florida, genarbt **95 Pf.**  
**Ueberschlagtasche** Leder, braun, Krokod. u. Florida, genarbt. **2<sup>90</sup>**  
**Handtasche** Kofferform, Led., br. Florida u. Krok., od. gen. **3<sup>90</sup>**  
**Isolierflasche** schwarzlack. m. Aluminiumoberfl. **95 Pf.**

# LINDEMANN & CO. ART. GES.

nur Turmstrasse, Ecke Ottostrasse